

«Negative Konsequenzen überwiegen klar»

Der Thurgauer Regierungsrat will am Frühfranzösisch festhalten. Trotzdem sieht er Handlungsbedarf beim Schulfach.

Tobias Hug

«Vive le français!» Mit diesen Worten positioniert sich der Thurgauer Regierungsrat klar für den Erhalt des Frühfranzösisch. Das geht aus der Beantwortung der Motion «Französisch stärken — ressourcenschonend, konzentriert und effizient ab der Sekundarstufe 1» hervor, welche der Kanton am Freitag publiziert. Erstunterzeichner des Vorstosses war Mitte-Kantonsrat Marc Rüdisüli (Sirnach). «Der Regierungsrat anerkennt die bestehenden Herausforderungen des Fachs Französisch auf der Primarstufe», heisst es in der Antwort. Aber die Lösung dürfe nicht darin gesucht werden, das Fach dort einfach abzuschaffen. Für eine Umsetzung des Vorstosses moniert die Thurgauer Exekutive gleich mehrere Probleme.

Hohe Kosten und logistische Herausforderungen

Als «besonders problematische Folgen» nennt der Regierungsrat den sprachlastigen Stundenplan auf Sekundarstufe, die erschwerte Förderung von Austausch und Mobilität, die mangelnde Verfügbarkeit qualifizierter Lehrpersonen, eingeschränkte Perspektiven von Studierenden und Primarlehrpersonen mit Französischqualifikation sowie die Belastung der Sekundarschülerinnen und -schüler.

Dazu würden bei einer Verschiebung der Lektionen auf die erste Sekundarstufe «erhebliche finanzielle Mehrkosten» anfallen, da eine kostenneutrale Umsetzung unrealistisch sei. Weiter bestehe die Gefahr, dass viele positive Entwicklungen der letzten Jahre beeinträchtigt würden. Zu diesen zählt der Regierungsrat etwa das wachsende Interesse der Studierenden an der PHTG am Fach Französisch sowie die gute Zusammenarbeit von Primar- und Sekundarlehrpersonen.

Über den eigentlichen Sprachunterricht hinaus sei das



Eine Schülerin konjugiert französische Verben.

Bild: Ralph Ribi

Erlernen einer weiteren Landessprache für den Regierungsrat «ein identitätsstiftender Teil der Landeskultur und Basis für die nationale Kohäsion.» Aus diesem Grund sei auch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) mit Hochdruck daran, nationalpolitisch mitgetragene Lösungen zu finden.

«Gewichtiger Teil der Willensnation Schweiz»

Der Kanton will keinen nationalen Flickenteppich bei Fremdsprachenregelungen – und in der Folge keine Einmischung des Bundes. Es sei im Interesse der Schülerinnen und Schüler, «eine national einheitliche und koordinierte Lösung zu finden». Entsprechende Nachteile für die Schülerinnen und Schüler wären etwa «erhebliche Unsicherheiten oder Brüche im Lernverlauf». Diese würden wiederum die Bewegungsfreiheit und Motivation der Lernenden beein-

trächtigen. Denn, so stellt die Regierung klar: Französisch sei weit mehr als ein Schulfach, sondern noch immer die am zweithäufigsten gesprochene Landessprache und damit «ein gewichtiger Teil der Willensnation Schweiz». Die Bedeutung der Sprachen- und Kulturvielfalt müsse weiterhin Eingang in den Sprachunterricht finden.

Kurzum: Die Auswirkungen einer Verlegung des Französischunterrichts von der Primar- auf die Sekundarstufe seien auf allen Ebenen erheblich. «Insgesamt überwiegen aus Sicht des Regierungsrates die negativen Konsequenzen klar.» Die Motion sei deshalb nicht für erheblich zu erklären.

Lockerer Umgang und Spass mit Frühfranzösisch

Stattdessen schlägt die Regierung Optimierungen auf Schulebene vor und will vor allem mit einer «zeitgemässen Fremdsprachendidaktik» punkten. In der Beantwortung heisst es da-

zu: «Das Ziel der obligatorischen Volksschule ist nicht, dass alle Kinder zwei Fremdsprachen möglichst fehlerfrei beherrschen, sondern, dass sie sich in mehreren Sprachen verständigen können.»

Dem Regierungsrat sei klar, dass Französisch in einer von Englisch dominierten Lebenswelt einen schweren Stand habe. Er will deshalb eine öffentliche «Charme-Offensive» prüfen: «Mit positiven Praxisbeispielen könnte verdeutlicht werden, dass heute nicht die perfekte Beherrschung einer Fremdsprache im Vordergrund steht, sondern die Fähigkeit, erfolgreich zu kommunizieren.»

Jugendlichen könne zudem aufgezeigt werden, dass gute Englischkenntnisse inzwischen kein Alleinstellungsmerkmal mehr seien und die Beherrschung einer zweiten Landessprache auf dem Arbeitsmarkt einen zusätzlichen Trumpf darstelle. Mit anderen Worten: Das

Thurgauer Frühfranzösisch soll nicht nur bleiben, es soll auch wieder Spass machen.

Andere Lernmethoden und Lernorte

Konkret soll dafür etwa der Übergang zwischen Primar- und Sekundarschule besser koordiniert und zusammenhängender gestaltet werden. Zwischen dem kommunikativen Sprachunterricht in der Primarschule und dem eher formalen Sprachschwerpunkt in den Sekundarstufen gebe es oft Diskrepanzen. Deshalb sollen die Schulen darin unterstützt werden, die didaktische und methodische Entwicklung zwischen der Primar- und der Sekundarstufe zu fördern.

Um die in der Primarschule längere Lernzeit und die «generell höhere Sprachlernmotivation der Schülerinnen und Schüler» zu nutzen, seien etwa zusätzliche Unterlagen zu altersgerechten Lehrmethoden zu offerieren, Austauschaktivi-

täten zu fördern und ausser-schulische Lernorte zu nutzen.

«Wir brauchen einen Kurswechsel»

Marc Rüdisüli begrüsst es als Kopf des Vorstosses zwar, dass dessen Beantwortung «kein Schnellschuss» war. Er hält jedoch fest: «Die Antwort des Regierungsrates überzeugt mich nicht. Ich hätte mir mehr Mut gewünscht.» Das Frühfranzösisch bleibe für ihn ein Millionenprojekt mit bescheidenem Erfolg. «Es ist Zeit, das ehrlich zu benennen.»

Die Rückmeldung der Regierung zeige ihm, dass diese das Kernproblem der grossen Belastung mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule nicht ernst nehme. Aus Rüdisülis Sicht wurde die Volksschule in den letzten Jahren inhaltlich überladen. Er meint: «Wir brauchen einen Kurswechsel.»

Besonders enttäuschend sei aus seiner Sicht, dass der Regierungsrat das klare Signal aus der Praxis ignoriere. «Eine deutliche Mehrheit der Lehrpersonen und Schulleitungen unterstützt die Verschiebung auf die Sekundarstufe. Sie wissen, dass Aufwand und Ertrag des Französischunterrichts auf der Mittelstufe nicht übereinstimmen.»

Rüdisüli betont: «Wir wollen das Französisch stärken, nicht abschaffen.» Mit einer Verschiebung auf die Sekundarstufe könnten Ressourcen gezielter eingesetzt, der Unterricht effizienter gestaltet und der Lernerfolg verbessert werden. Auf Primarstufe müssten stattdessen Grundkompetenzen, insbesondere Deutsch, gestärkt werden. Mit der Motion von acht Erst- und 63 Mitunterzeichnenden war der Regierungsrat vor genau einem Jahr beauftragt worden, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit das Schulfach Französisch nicht mehr wie aktuell ab der 5. Klasse der Primarschule, sondern erst ab der 1. Klasse der Sekundarschule unterrichtet wird.

Interkantonale Arbeitsgruppe packt Quagga-Problem an

Wegen abgestorbener Muscheln ist die Situation für die Schifffahrt auf dem Rhein angespannt. Thurgau und Schaffhausen suchen Lösungen.

Nach dem Hochwasser im Sommer 2024 wurden unterhalb von Stein am Rhein grosse Mengen abgestorbener Muscheln der invasiven Gattung Dreissena (Quagga- und Zebramuschel) festgestellt. Um die Schifffahrt zu ermöglichen, wurden Ausbaggerungen durchgeführt. Vergangenes Jahr traten erneut massive Ablagerungen auf, wodurch die Kursschiffe den Streckenabschnitt im Bereich der Hemishoferbrücke bei niedrigem Wasserstand nicht mehr passieren konnten. Sofortmassnahmen waren dieses Mal jedoch nicht möglich. Die Kantone Thurgau und Schaffhausen verzichteten auf weitere Eingriffe, zumal die Kosten für umfangreiche Ausbaggerungen auf

rund 1,5 Millionen Franken geschätzt wurden.

Schifffahrtsgesellschaft vor Herausforderungen

Nun teilen die Kantone in einem gemeinsamen Communiqué mit, dass eine kantonsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt werde. Diese werde bis Juni zusätzliche Grundlagen erarbeiten. Die Analyse soll Entwicklungsszenarien zu den Muschelablagerungen sowie eine vertiefte Massnahmenplanung umfassen. Dabei wolle man klären, ob eine nachhaltige Ausbaggerung überhaupt möglich ist und falls ja, ob diese finanziell und ökologisch zumutbar ist. Die Regierungsräte der Kantone Thurgau und Schaffhausen



Unter der Hemishofer Brücke macht der Schiffsgraben einen Bogen: Hier haben sich tote Muscheln abgelagert und blockieren den Schiffsverkehr.

Bild: Tobias Garcia

würden anschliessend über die weiteren Massnahmen entscheiden.

Die Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein müsse sich auch 2026 auf ein Betriebsjahr mit erhöhtem Ausfallrisiko des Streckenabschnitts zwischen Diessenhofen und Stein am Rhein einstellen, heisst es in der Medienmitteilung weiter. Dies stellt die Schifffahrtsgesellschaft in den kommenden Jahren vor operative und finanzielle Herausforderungen. Die Kantone Schaffhausen und Thurgau stünden diesbezüglich in engem Austausch mit der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein.

Der betroffene Rheinabschnitt liegt im Wasser- und

Zugvogelreservat Stein am Rhein. Von November bis März bedürfen die überwinternden Wasservögel besonderen Schutz. Zudem sind grössere Baustellen im Hochsommer wegen der vielen Freizeitaktivitäten auf dem Rhein aus Sicherheitsgründen schwierig. Ein mögliches Zeitfenster für umfassende Ausbaggerungen ergebe sich deshalb erst im Spätherbst. Im Frühsommer seien allenfalls Notmassnahmen in kleinerem Umfang möglich, etwa das lokale Entfernen von Muschelansammlungen.

Ob solche kurzfristigen Massnahmen machbar sind, könne aktuell noch nicht beurteilt werden. (pd/red)